

9. Kadener Gespräch



Tagungsbericht

Nach Corona: Wird aus der Sozialen Marktwirtschaft eine Staatswirtschaft?

*Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 11. Juni 2021 auf Gut Kaden*

Hintergrund

Die Bewältigung der Corona-Pandemie fordert den Staat in besonderem Maße. Staatlich verfügte Freiheitsbeschränkungen sollen die Gesundheit der Bevölkerung schützen und die Pandemie mit verhältnismäßigen Maßnahmen effektiv eindämmen. Fiskal- und geldpolitische Hilfsprogramme sollen für notwendige Liquidität und Stabilität sorgen, um die Belastung für Gesellschaft und Wirtschaft möglichst gering zu halten. Solche Schutzversprechen können in der Not Vertrauen schaffen. Sie erfordern aber einen starken und handlungsfähigen Staat, der mit Freiheitsbeschränkungen und Finanzmitteln maß- und verantwortungsvoll umgeht.

Mit dem Abklingen der Pandemie stellt sich zunehmend die Frage, wie die Krisenmaßnahmen zu bewerten sind und ob die dominante Rolle des Staates die Krise überdauert. Die massiven Interventionen und Schuldenaufnahmen quer durch Europa sehen einige als Beleg dafür, was liberalen Gesellschaften zugemutet werden kann, wenn die Politik es nur wirklich will. Jedoch stehen Programme, die mehr staatliche Lenkung fordern, nicht erst seit der Corona-Pandemie hoch im Kurs. Insbesondere bei Klima- und sozialpolitischen Themen wird der Umbau der Marktwirtschaft in eine deutlich stärker politisch gelenkte Wirtschaftsform als neue Notwendigkeit erachtet. Die Vorstellung des Staates als vermeintlich kraftvoller Retter, sozialer Helfer und besserer Unternehmer hat durch Corona weiteren Auftrieb erhalten. Hinter der Marktwirtschaft stehende Prinzipien wie Eigenverantwortung, Subsidiarität, Privateigentum, freie Preise oder Leistungsgerechtigkeit haben hingegen einen schweren Stand. Die zunehmende Sehnsucht nach einer zentral gesteuerten Volkswirtschaft nährt die Befürchtung, dass behördliche Planung Soziale Marktwirtschaft verdrängt und Deutschland schleichend in eine gelenkte Staatswirtschaft abrutscht.

Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Marktwirtschaft im Rahmen des 9. Kadener Gesprächs mit renommierten Experten eruiert, was eine Verschiebung in Richtung „mehr Staat, weniger Markt“ bewirken würde: Wo liegen die Grenzen des Staates, wo die des Marktes? Benötigt es einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik oder eine Rückbesinnung auf alte Tugenden? Wie können Deutschland und Europa im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe, Unternehmen und Technologien bestehen und unseren Wohlstand nicht nur verwalten, sondern weiter vermehren?

Diese und weitere Fragen wurden unter der bewährten Moderation von ZEIT-Herausgeber **Josef Joffe Ph.D.** eingehend diskutiert. Gastgeber **Dr. Lutz Peters** und Stiftungsvorstand **Prof. Dr. Michael Eilfort** führten in die Tagung ein.



Dr. Lutz Peters, Gastgeber auf Gut Kaden, begrüßt die Teilnehmer der Tagung.



Die für die Veranstaltung auf Gut Kaden eingerichtete Corona-Teststation der Johanniter.

Referenten

Die Rolle des Staates nach Corona

Friedrich Merz

Vizepräsident des Wirtschaftsrats der CDU

Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof

Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts a.D.

Dr. Ulf Poschardt

Chefredakteur, Sprecher der Geschäftsführung, WELT | WELT AM SONNTAG

Europäische und deutsche Wirtschaftspolitik nach Corona

Prof. Dr. Gabriel Felbermayr

Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel

Prof. Dr. Jens Südekum

Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE), Heinrich-Heine-Universität

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik

Friedrich Merz

Wieviel Markt, wieviel Staat?

„Vor einem Schalter stehen, das ist das deutsche Schicksal. Hinter dem Schalter sitzen, das ist das deutsche Ideal.“ In der Corona-Krise habe die Bevölkerung beide von Kurt Tucholsky beschriebenen Seiten mehr denn je durchlebt, konstatiert Friedrich Merz. Vor allem aber habe man sich in den vergangenen 15 Monaten daran gewöhnt, dass der Staat den Alltag der Menschen erheblich mitbestimme.

Bei aller berechtigten Kritik an einem zu dominanten Staat komme er jedoch zu der Einschätzung, dass Deutschland insgesamt gut durch die Pandemie gekommen sei. Nur zwei Gruppen von Staaten hätten bislang eine bessere Bilanz vorzuweisen: autoritäre Staaten und digitalisierte Staaten. „Eine unserer größten Schwächen wurde durch die Krise schmerzlich offengelegt: die unzureichende Digitalisierung der Verwaltung und der Wirtschaft“, stellt der Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU fest. Dies sei allerdings nur eine Erkenntnis unter vielen. Er befürworte daher die Einsetzung einer Enquete-Kommission, die die Fehler dieser Krise aufarbeite.

Die Pandemie habe in der Wirtschaft zwar einen enormen Aufholprozess im Bereich der Digitalisierung angestoßen, insbesondere im Hinblick auf Optimierungen in der Kommunikation. Auffällig sei allerdings, dass zwar fast alle Grundrechte in der Krise beschnitten worden seien, jedoch nicht der Datenschutz, welcher über den Gesundheitsschutz gestellt worden sei. Der deutsche Gesetzgeber habe offensichtlich



Angst vor den Lobby-Gruppen des Datenschutzes. In diesem Punkt sehe er den größten Nachholbedarf. Laut Merz gebe es in Deutschland eine Abwehrhaltung gegenüber den Möglichkeiten jeglicher Datenverwendung. Ein zu rigoroser Datenschutz blockiere jedoch Innovationen und Wachstum. Es reiche nicht aus, neue Unternehmen in Deutschland zu gründen, diese müssten auch hierzulande wachsen und an den Kapitalmarkt gehen können.

„Deutschland benötigt zudem eine Verwaltungsreform“, führt Merz weiter aus. Die deutsche Verwaltung erweise sich im digitalen Zeitalter als unmodern und zu langsam. Ein Verbesserungsvorschlag wäre beispielsweise die Ersetzung des Planfeststellungsverfahrens durch eine einfache Baugenehmigung. Dieser Schritt sei nötig, da der Infrastrukturausbau in Deutschland den europäischen Vorhaben hinterherlaufe, wie etwa beim Ausbau des transeuropäischen Eisenbahnnetzes. Auf der Nord-Süd-Achse durch Europa liege Deutschland mittlerweile mehr als zehn Jahre im Verzug. „Wir sind nicht schnell genug und kein verlässlicher Partner mehr in diesen wichtigen Fragen“, erläutert Merz.

Auch im Energiesektor sei Deutschland auf eine gute europäische Infrastruktur angewiesen. Der parallele Ausstieg aus der Kern- und Kohleenergie führe dazu, dass in etwa einem Jahrzehnt fast vollständig die regenerativen Energiequellen

den deutschen Energiebedarf decken müssten. Durch die angestrebte ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft verdoppele sich allerdings der Energiebedarf. Allein die chemische Industrie benötige in zehn Jahren in etwa so viel Strom wie im Jahr 2021 die gesamte deutsche Industrie. Um das Energieproblem zu lösen, müssten die Länder Europas zusammenarbeiten. Studien aus den USA belegten, dass in Europa die Preise für die Stromerzeugung auf vier bis sechs Cent pro Kilowattstunde gesenkt werden könnten. Dies sei nur ein Bruchteil dessen, was die hochsubventionierte Stromerzeugung in Deutschland koste. „Wenn wir uns klug anstellen, dann stehen uns regenerative Energiequellen im europäischen Verbund zur Verfügung, die in der Lage wären, den Energiebedarf aus eigener Kraft in Europa zu stemmen“, so Merz. Dies könne eines der größten Projekte der nächsten Bundesregierung werden.

Die nächste Legislaturperiode müsse grundlegende Reformen angehen. Die zweite Regierung Schröder habe dies in den Jahren 2002 bis 2005 hinbekommen. Nun sei es wieder an der Zeit, Strukturreformen stärker in den Blick zu nehmen. Neben der Digitalisierung und der ökologischen Erneuerung der Wirtschaft müsse eine große Unternehmenssteuerreform in Deutschland angegangen werden. Dabei sollten vor allem die Gemeinden gestärkt werden. „Der Staat muss die Gemeinden in die Lage versetzen, dass sie die Steuerkraft, die durch die Unternehmen und die Arbeitsplätze entsteht, stärker am Ort behalten können“, fordert Merz. Dies werde die Gemeinden motivieren, sich vermehrt für die Ansiedlung großer Unternehmen einzusetzen.

„Wir müssen neue wirtschaftliche Dynamik entwickeln und die Wachstumspotentiale unserer Volkswirtschaft nutzen“, erläutert Merz. Dafür müsse der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Entfaltung des Unternehmertums und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sollten dabei im Zentrum der Bemühungen stehen.



Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof

Grenzen des Staates und seiner Organisation



„Die Not ist immer die Stunde der Exekutive“, beschreibt Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof die politische Ausgangslage in der Corona-Pandemie. Deutschland sei zwar relativ gut durch die Pandemie gekommen und hole nun bei den Erst- und Zweitimpfungen international auf. Allerdings sei der Staat in der Bewältigung der Corona-Krise auch an seine Grenzen gestoßen und habe Fehler gemacht, die es aufzuarbeiten gelte. In der ersten Welle im Frühjahr 2020 habe der deutsche Staat schnell und effektiv reagiert. Er habe zwar sehr grob und pauschal gehandelt, dies sei aufgrund der großen Unsicherheit und der sich rasch ausbreitenden Pandemie jedoch richtig gewesen und habe dazu geführt, dass Deutschland im europäischen Vergleich mit nach wie vor verhältnismäßigen Maßnahmen die erste Welle sehr gut bewältigte. „In der zweiten und dritten Welle hat sich der

deutsche Staat allerdings auf seinen Lorbeeren ausgeruht und eine Art politischen Tunnelblick entwickelt“, gibt der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts zu bedenken. Er habe erwartet, dass nach den ersten Krisenmaßnahmen der Exekutive im weiteren Verlauf der Pandemie das Parlament das Heft des Handelns übernehme – mit beständigen Normen, präziseren Mitteln, dem Öffnen der Diskussion sowie mit klaren Entscheidungen und Zielsetzungen unter Abwägung aller Gesichtspunkte. „Nicht der schnelle Schuss, sondern das überlegte, verhältnismäßige Handeln eines verlässlichen Rechtsstaates wäre geboten gewesen“, erläutert Kirchhof.

Die Bewältigung einer Notlage werde oftmals zur Chefsache erklärt. In Deutschland sei der Chef jedoch in Form der Ministerpräsidentenkonferenz mit Teilnahme des Bundeskanzleramtes ein merkwürdiges Gremium gewesen. Diese Zentralsteuerung durch ein bis dahin unbekanntes und auf lange Sicht demokratisch fragwürdiges Gremium habe bei der Exekutive zu der fälschlichen Annahme geführt, die Krise normativ beherrschen zu können. Dabei habe man nur Abwehnormen erlassen, bemängelt Kirchhof. Das Infektionsschutzgesetz enthalte einen Katalog mit solchen Abwehrovorschriften. Die entgegenstehenden Grundrechte und Interessen von Wirtschaft, Bildung, Kultur und Sport seien aber nicht adäquat berücksichtigt worden. „Eine panisch agierende Regierung ist vom Ziel des Infektionsschutzes geblendet worden“, stellt Kirchhof fest. Das Schwierige sei nun, die Regierung wieder zur Vernunft zu bringen, damit sie ihre Aktionsmöglichkeiten anders ausgestalte und entgegenstehende Schutzgüter berücksichtige. Bisher vollziehe sich der Abbau der Abwehnormen nur sehr langsam und mit einer schauspielhaften Gönnerhaftigkeit vonseiten des Staates.

In Notlagen sei der Staat daran interessiert, unbürokratisch zu helfen. Das wirke zwar unglaublich sympathisch und das Geld komme schnell vielen Personen zugute, es berge aber auch Gefahren. „Mein akademischer Lehrer sagte immer, wenn einer unbürokratisch helfen will, seien sie vorsichtig – der will Gesetze nicht einhalten und Geld mit der Gießkanne ausgeben“, so Kirchhof. Es sei völlig unverhältnismäßig gewesen, dass der Staat in der Corona-Krise neue Schulden in Höhe von 45 Prozent des gesamten Staatshaushalts aufgenommen und damit z.B. Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz finanziert habe. Zudem sei ein sogenannter Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit einem Gesamtvolumen von bis zu 600 Milliarden Euro ausgestattet worden. „Es wurde und wird vieles mit staatlichem Geld bedacht, was nicht auch nur ansatzweise mit Corona zu tun hat“, kritisiert Kirchhof.

Ferner habe der Staat den Verwaltungsföderalismus in der Pandemiebekämpfung vernachlässigt. Man habe viele Organisationen vor Ort außen vorgelassen sowie hilfreiche Ex-

perimente wie in Tübingen oder Rostock zunächst erschwert und schließlich mit der Bundesnotbremse zwangsweise beendet. Darüber hinaus habe der Staat das gesamte Abwehrgeschehen selbst in der Hand behalten wollen. Deshalb seien vorhandene Kapazitäten in der Wirtschaft, im privaten und im halb-öffentlichen Sektor nicht oder erst zu spät genutzt worden – etwa bei der Impfung das Betriebsarztsystem oder beim Transport von Impfsera die von Lebensmittelkonzernen angebotenen Kühlketten. Stattdessen habe der Staat versucht, z. B. mit Impfzentren, rasch eine eigene Bekämpfungsorganisation aus dem Boden zu stampfen und sich damit viele zeitraubende und kostenträchtige Probleme eingehandelt.

Kritisch seien zudem die inkonsistenten und teilweise intransparenten Impfpfehlungen des Staates, welche oft mit den Volumina der vorhandenen Impfvorräte korrelierten. Die Kommunikation darüber, wann bestimmte Bevölkerungsgruppen mit welchem Impfstoff zu impfen sind, habe in der Bevölkerung kein Vertrauen erzeugt. Außerdem habe der Staat unsichere und irreführende Ziele für die Bekämpfungsmaßnahmen gesetzt. Beispielsweise sei das Festhalten an Inzidenzzahlen überholt, da diese Daten aufgrund unterschiedlicher und umfangreicher Meldeverfahren bei der Veröffentlichung schon veraltet seien und nur einen Teil des Pandemierisikos abbildeten. Man solle sich eher auf Todesfälle und schwere Verläufe als Indizien für das weitere Handeln konzentrieren.

Der Staat müsse aus den gemachten Fehlern die richtigen Schlüsse ziehen, damit die nächste Welle nicht wieder mit Notfallmaßnahmen angegangen werde. Es müsse infrage gestellt werden, ob in einer weiteren Gesundheitskrise erneut das komplette Instrumentarium des Infektionsschutzgesetzes durchgespielt werden dürfe oder ob man nicht besser differenzierter und risikoadäquater agieren solle. „Grundsätzlich sollte darüber diskutiert werden, wie stark der Staat in Krisen überhaupt tätig werden muss und wieviel Krise eine Bevölkerung eigenverantwortlich aushalten kann“, resümiert Kirchhof.





Dr. Ulf Poschardt

Freiheit und Freiraum – Interessiert das noch jemanden?

„Es geht nur um die Freiheit!“, mahnt WELT-Chefredakteur Dr. Ulf Poschardt zu Beginn seines Vortrags. Dieses Motto, das früher auch demonstrativ von der bundesrepublikanischen Linken hochgehalten wurde, finde heutzutage immer weniger Gehör. Daher müsse er die Veranstaltungsfrage, ob aus der Sozialen Marktwirtschaft eine Staatswirtschaft werde, bedauerlicherweise bejahen. Der Prozess würde allerdings subkutan vonstattengehen, sodass ein Großteil der Gesellschaft diese Veränderung kaum wahrnehme. Die Krisen der vergangenen Jahre hätten dazu geführt, einen geldgierigen Staatsapparat mit immer neuen Umverteilungslogiken zu versehen, um die Wähler ruhigzustellen. Dieser Prozess habe in der Finanzkrise 2008 begonnen und führe in eine „paternalistische Staatsverschwörung, die in der Corona-

Krise den mündigen Bürger zerbröseln hat“, urteilt Poschardt. Im Gegensatz zu seinen Vorrednern teile er nicht die Ansicht, dass Deutschland gut durch die Corona-Krise gekommen sei. Vor allem die Schulkinder hätten stark unter den Folgen der politischen Krisenreaktionen gelitten. Der deutsche Bildungsnotstand sei bereits seit den 1960er Jahren bekannt und nicht erst durch die Corona-Krise entstanden. „Hätte man seit den Zeiten Dahrendorfs für jede Sonntagsrede und Talkshow, in der vom Bildungsnotstand die Rede war, fünf Euro auf ein Bildungskonto eingezahlt, dann hätten wir heute die besten Schulen der Welt“, so Poschardt. Die Jugend zahle nun einen sehr hohen Preis für die indiskutable Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte und für das Unvermögen des deutschen Staates, in der Corona-Krise der Bildung Priorität einzuräumen.

Neben den Mängeln im Bildungssystem seien auch kulturelle Brüche durch die Krise sichtbar geworden. Für mehr Verbote, Regulierungen und Verzicht setze sich heute vor allem die jüngere Generation ein. Zum ersten Mal fordere eine Jugend- und Subkultur von ihren Eltern mehr Regeln und eine strengere Moral. Eine auferlegte politische Korrektheit führe jedoch zu Diskursverengung und radikaler Unfreiheit. „Ein wichtiger Unfreiheitsmoment und Agitator ist die Moral“, betont Poschardt. Die Rückkehr einer überhöhten Moral verabsolutiere das politisch-korrekte Denken in Politik und Sprache. Auch Teile der Wissenschaft würden zum Diskurswächter, um den natürlichen Zweifel zum Schweigen zu bringen. Dagegen müsse man vorgehen und in eine Art Kulturkampf treten.



Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) stehe im Zentrum der neuen Unfreiheitskultur. Der ÖRR sei zu einem behäbig-bürokratischen und politisch einseitigen Mittelmaß verkommen, der genau das verkläre, was seine Finanzierung sichere. Es mangle an gesunden Kontroversen und Kritik am staatlichen Handeln. Es stelle sich daher die Frage, was



die deutsche Gesellschaft noch an öffentlich-rechtlichen Stabilitäten bräuchte. Es gehe insgesamt um eine Klärung der Medienlandschaft des 21. Jahrhunderts. Die sauberste Methode sei die Beschneidung der staatlichen Geldmittel und die Verschlinkung der öffentlich-rechtlichen Strukturen. Damit könne man einer inhaltlichen Verengung und staatlichen Verklärung im ÖRR am besten entgegenzutreten. Er hoffe dementsprechend auf ein klares Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags. „Defund the Elfenbeinturm“, appelliert Poschardt.

Eine weitere treibende Kraft hinter einer Unfreiheitskultur in Deutschland sei der vopolitische Raum, in dem viele sogenannte Nichtregierungsorganisationen agierten. Diese Organisationen bestärkten die Politik in ihrer Handlungsweise gegenüber Themen wie Klima und Identität. Sie bildeten ein sich gegenseitig unterstützendes Netzwerk, welches Kritik am Staat sowie eine meinungsoffene Diskussion verhindere. „Das sind keine non-governmental organisations, sondern near-governmental organisations, die allesamt mit Steuergeld finanziert werden“, erläutert Poschardt und mahnt: „Kämpfen Sie gegen jede NGO, die Ihnen erzählt, sie meint es gut mit Ihnen.“

Auch in der Wissenschaft habe der meinungs- und ergebnisoffene Diskurs einen schweren Stand. Auf dem Vormarsch sei eine ausgrenzende und diffamierende Art von Aktivismus gegen jene Wissenschaftler, die nicht dem aktuellen Zeitgeist entsprächen. „Wissenschaft ist ein Ort, an dem Freiheit und kritisches Denken gefördert und geschützt werden müssen“, erinnert Poschardt. Ansonsten entwickle sich in Deutschland eine Monokultur der Unfreiheit. Es gebe einen großen Konflikt zwischen einem liberal-aufgeklärten Bürgertum, das ganz selbstverständlich Freiheitsrechte in Anspruch nehmen wolle und einer „Burg-Ideologie“, die nichts mehr hasse als den freien Menschen. „Wir brauchen mehr mündige Bürger und mehr Eigenverantwortung“, fordert Poschardt.

Prof. Dr. Gabriel Felbermayr

Mehr Schutz, stärkere Lenkung oder bessere Rahmensetzung – Was braucht Europa?

„Europa muss seine Bürger vor großen Gefahren schützen“, mahnt Prof. Dr. Gabriel Felbermayr. Dazu zählten existenzielle Krisen wie eine Pandemie, der Klimawandel, militärische und wirtschaftliche Bedrohungslagen, aber auch innereuropäische Konflikte, beispielsweise hervorgerufen durch opportunistisches Verhalten seitens der EU-Mitgliedstaaten. Über diese Ziele sei man sich in Politik und Wissenschaft relativ einig. Mit welchen Instrumenten die Ziele am besten erreicht werden sollten, ob etwa eine stärkere Lenkung seitens der Politik erforderlich sei oder ob klarere Rahmenbedingungen ausreichten, werde aber teilweise sehr unterschiedlich eingeschätzt.





„Wenn wir in der Europäischen Union über Schutz sprechen, ist man schnell bei der Diskussion um die Solidargemeinschaft“, stellt der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und künftige Präsident des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung fest. Dies sei vor allem dann der Fall, wenn die Risiken zwischen den Mitgliedstaaten unterschiedlich verteilt sind. Dabei werde davon ausgegangen, dass die einzelnen Staaten für die unterschiedlichen Risiken nicht selbst verantwortlich seien. Beispielsweise werde in der Corona-Pandemie häufig die Ansicht vertreten, dass die EU-Staaten unverschuldet in Notlage geraten seien. „Das Corona-Virus war zwar in Italien dasselbe wie in Griechenland, Deutschland oder Finnland. Jedoch trifft die Pandemie auf unterschiedliche Verfasstheiten der Staaten“, erläutert Felbermayr. Für den Zustand ihrer Volkswirtschaften seien die EU-Staaten sehr wohl selbst verantwortlich, da sie den nationalen Interessen entsprechend institutionelle Rahmenbedingungen setzten und eine selbstbestimmte Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben.

Bei einer Versicherung müsse die Eigenverantwortung stets berücksichtigt werden, ansonsten entstünden Fehlanreize. Wenn man wüsste, dass man versichert sei, verhalte man sich anders. „Es gibt in allen Kaskoversicherungen auch Selbstbehalte – aus sehr, sehr guten Gründen“, betont Felbermayr. Auch der Zeitpunkt des Versicherungsabschlusses sei eine wichtige Komponente. Es sei schwierig, eine Versicherung abzuschließen, nachdem die Risiken bereits materialisiert sind. Wenn schon feststehe, wo der Schaden aufgetreten ist und wer in der Versicherung der Zahler und wer der Nehmer ist, könne man eigentlich nicht mehr von einer klassischen Versicherung sprechen. Dies laufe dann eher auf klassische Transfers hinaus. „Wenn man aber in Europa versucht, Schutz mit Instrumenten zu gewähren, die am Ende zu einer Transferunion mit persistenten Zahler- und Geberstrukturen führen, dann wird Europa daran nicht gedeihen“, ist sich Felbermayr sicher.

Die EU benötige dennoch ein größeres Budget, und zwar eines, das die Mitgliedstaaten von bisherigen Aufgaben nachhaltig entlaste und das groß genug sei, um eine automatische Stabilisierungsfunktion zu erfüllen. Die EU müsse gemeinsame öffentliche Güter wie die Landesverteidigung, grenzüberschreitende Infrastruktur und ein europäisches Forschungssystem finanzieren. Die gemeinsame Bereitstellung wäre kostengünstiger als die kleinteilige nationale Vorgehensweise. Statt in jeder Krise neue Instrumente zu erfinden, könnten die Mitgliedstaaten auf die stabilisierende Wirkung eines größeren EU-Budgets vertrauen. Die Vorteile durch die weiter bereitgestellten europäischen Güter blieben in der Krise bestehen, wenn deren Finanzierung über den Konjunkturzyklus und nicht jährlich erfolgen würde.

Vor allem aber müsse in der EU die Stärkung der europäischen Volkswirtschaften im Fokus der Politik stehen. „Wenn wir uns in Europa davor fürchten, dass uns die Chinesen und Amerikaner geopolitisch enteilen, dann hat das vor allem damit zu tun, dass der europäische Binnenmarkt nicht das Wachstum aufweist, das wir in Amerika oder in China sehen“, folgert Felbermayr. Die relative Schwäche Europas sei in diesem Sinn eine hausgemachte Schwäche, die nicht allein mit Versicherungsleistungen ausgeglichen werden könne. Stattdessen bedürfe es besserer Rahmenbedingungen für den europäischen Binnenmarkt, um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotenzial in den EU-Mitgliedstaaten zu erhöhen.

Vor allem verlässliche Rahmenbedingungen seien wichtig. Eine stärkere europäische Lenkung führe hingegen oftmals zu weiteren diskretionären Eingriffen in das Marktgeschehen. In der Klimapolitik werde beispielsweise sehr viel in mikroökonomische Aktivitäten eingegriffen. Die EU-Taxonomie entscheide künftig darüber, welche Unternehmen als „grün“ und welche als „braun“ zu klassifizieren sind. Die Frage, ob etwa ein Zwei-Liter-Auto umweltfreundlicher sei als ein Elektroauto mit schwerer Batterie könne bei dem unterschiedlichen Strommix in Europa und sich entwickelnder Technologien derzeit kaum abschließend beantwortet werden. Solche Klassifizierungen nach Bürokratievorgaben würden eine Art grüne Planwirtschaft in Europa einführen, die nicht erfolversprechend sei. Ökonomen würden stattdessen als Rahmenbedingung für einen effizienten Klimaschutz den CO₂-Preis in das Zentrum der Klimapolitik rücken. Die EU habe mit dem Europäischen Emissionshandelssystem bereits einen effizienten Weg gefunden, um über den Zertifikatehandel die Emissionen in ausgewählten Sektoren verlässlich zu senken. Dieser Weg müsse für alle Sektoren konsequent eingeschlagen werden. „Am Ende gilt es, die Dynamik und Innovationsfähigkeit in Europa zu stärken“, schlussfolgert Felbermayr.

Prof. Dr. Jens Südekum

Zeit für einen Paradigmenwechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik?

„Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik“, legt sich Prof. Dr. Jens Südekum fest. Es sei an der Zeit, die neuen Realitäten in der Welt anzuerkennen und Deutschland gemeinsam mit Europa zurück an die internationale Spitze zu führen. Die Corona-Krise habe gezeigt, wo Reformbedarf bestehe und weshalb das alte ökonomische Paradigma eines auf Haushaltskonsolidierung fokussierten Staates überwunden werden müsse. Das alte Paradigma habe notwendige Investitionen in Infrastruktur verschleppt und die Finanzsorgen von Kommunen verschlimmert. Ein Paradigmenwechsel nach Corona erfordere daher eine Investitionsoffensive sowie eine Modernisierung und ein Personalausbau der öffentlichen Verwaltung.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sei die Reaktion Europas auf die Corona-Krise um ein Vielfaches besser gewesen als auf die Finanzkrise vor über einem Jahrzehnt. In der Finanzkrise 2009 habe Europa nur sehr zaghaft reagiert. Der fiskalische Spielraum sei damals nicht ausgeschöpft worden. Die Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Jahr 2011 habe die Wirtschaft in vielen EU-Staaten zudem stark belastet und deren Situation unnötig verschlimmert. Auch die auferlegten Sparprogramme für Teile Europas hätten die wirtschaftliche Erholung behindert. Erst die expansive Geldpolitik unter EZB-Präsident Mario



Draghi habe die Situation in Europa stabilisieren können. In der Corona-Krise habe Europa hingegen gezeigt, dass es aus den Fehlern der Finanzkrise gelernt habe. Insbesondere das umfangreiche PEPP-Anleihekaufprogramm der EZB von zunächst 750 Milliarden Euro habe frühzeitig geholfen, die Liquiditätsbereitstellung und die Handlungsfähigkeit der Staaten sicherzustellen. Das von der EU im April 2020 verabschiedete gesamteuropäische Maßnahmenpaket in Höhe von 540 Milliarden Euro habe für weitere Liquidität gesorgt. Das Paket sei dem Versicherungsgedanken gefolgt, Hysteresis-Effekte durch Insolvenzen und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten zu verhindern. „Hätten nur einige finanzstarke Mitgliedstaaten wie Deutschland große Rettungsschirme für ihre Unternehmen und deren Beschäftigte aufspannen können, hätte dies die gesamte EU vor eine Zerreißprobe gestellt“, ist sich Südekum sicher.

Bei dem im vergangenen Sommer beschlossenen Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU“ (NGEU) in Höhe von 750 Milliarden Euro handele es sich um ein wichtiges Programm zur Verbreiterung konjunktureller Nachholeffekte und zur Generierung nachhaltiger Wachstumsimpulse. Die dafür gemeinsam am Kapitalmarkt aufgenommenen EU-Anleihen seien jedoch nicht wie klassische Eurobonds in gesamtschuldnerischer Haftung konzipiert, wie einige Kritiker

fälschlicherweise behaupteten. Stattdessen hafteten die Mitgliedstaaten lediglich mit ihren Beiträgen zum EU-Budget. Die NGEU-Mittel seien zudem in ihrem Umfang und ihrer Dauer begrenzt. Dies sei langfristig betrachtet aber zugleich auch die Schwäche des NGEU.

Die USA hätten diesbezüglich einen klaren Vorteil und wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber Europa, da sie auf einem massiven fiskalischen Stimulus aufbauend aus der Corona-Krise herauswachsen könnten. Mit dem American Rescue Plan und dem American Jobs Plan sei die amerikanische Regierung unter US-Präsident Biden bereit, mehr als drei Billionen US-Dollar für direkte Krisenhilfen sowie für Infrastrukturinvestitionen und umweltfreundliche Technologien zu investieren. Europa sei gut beraten, in ähnliche Dimensionen vorzustoßen, wenn die Corona-Krise endgültig überwunden werden und die Wirtschaft nachhaltig wachsen solle. „Wir brauchen eine Aufwertung und Verstärkung des NGEU zu einem europäischen Transformationsfonds“, fordert Südekum. Dadurch könne man die dringend benötigte europäische Fiskalkapazität schaffen, die gemeinsame Investitionen auf europäischer Ebene langfristig finanzieren würde.

Um Investitionsdefizite in Europa abbauen zu können, müssten Ängste vor einer expansiven Fiskalpolitik überwunden werden – vor allem in Deutschland. Die sehr niedrigen Zinskosten für deutsche und europäische Anleihen sollten für weitere Schuldenaufnahmen genutzt werden. Wenn die Schulden für Klimaschutz und Digitalisierung verwendet würden, könnten vor allem die kommenden Generationen daraus einen Nutzen ziehen, der die Kosten der Schuldenfinanzierung übersteige. Europa habe die Chance, mit strukturbildenden Investitionen nicht nur aus der Krise, sondern auch aus den Schulden wieder herauszuwachsen. „Bei der öffentlichen Verschuldung das Geld an den richtigen Stellen anzusetzen und mit den richtigen Strukturreformen zu kombinieren, das wäre der ideale Paradigmenwechsel“, schlussfolgert Südekum.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Ordnungspolitik nach der Krise – Auslaufmodell oder Erfolgsrezept?



„Ich bin das alte Paradigma – und ich bin es gern“, eröffnet Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen seinen Vortrag. Er stehe dafür, Ordnungspolitik wieder so zu gestalten, dass vermeintlich veraltete Werte wie Eigenverantwortung, Subsidiarität, Leistungs- und Generationengerechtigkeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder stärker Berücksichtigung finden. Bei der Sozialen Marktwirtschaft solle eigentlich der Markt die stärkste Komponente sein. Spielräume für Soziales würden mithilfe der Marktwirtschaft erwirtschaftet.

„Derzeit ist die Soziale Marktwirtschaft aber eher eine Art marktorientierte Sozialwirtschaft“, konstatiert Raffelhüschen.

Der deutsche Wohlfahrtsstaat sei mit scheinbar grenzenlosen Ausgabensteigerungen in den vergangenen Jahren über die Ufer getreten. Die Sozialleistungsquote sei gegenwärtig so hoch wie niemals zuvor in der Geschichte Deutschlands. Angesichts der demografischen Entwicklung sei absehbar, dass immer mehr alte Menschen von immer weniger Erwerbstätigen immer länger ihre Leistungen beziehen würden. Schon heute beanspruche allein die Rentenversicherung ein Drittel des gesamten Bundesetats. Um einen weiteren Anstieg der Sozialquote zu verhindern und die Akzeptanz der Generationenverträge bei den künftigen Beitragszahlern zu sichern, seien umfangreiche Reformen auf der Leistungsseite unabdingbar.

Deutschland sei eine komplett überalterte Republik. Viele politische Maßnahmen würden hauptsächlich umgesetzt, um eine alternde Wählermehrheit zu bedienen. Dies zeige sich nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in der politischen Bewältigung der Corona-Krise. Die Einschätzung, dass Deutschland gut durch die Krise gekommen sei, könne er nicht teilen. Die Verlierer seien ganz klar die Jungen. Vor allem die Kinder hätten keine gute Lobby und würden von politischen Entscheidungen regelmäßig benachteiligt. In der Corona-Krise habe man die Kinder und Jugendlichen nicht zur Schule gehen lassen, obwohl diese vom Virus am wenigsten zu befürchten gehabt hätten.

Die Gewinner der Krise seien vor allem die Rentner. Im Gegensatz zur arbeitenden Bevölkerung hätten diese nicht auf Einkommen verzichten müssen. Im Gegenteil bewirke der ausgesetzte Nachholfaktor in der Rentenformel, dass Rentenkürzungen in Krisenzeiten nicht möglich seien. Setze nach der Krise wieder eine positive Lohnentwicklung ein, würden die Rentner überproportional davon profitieren. Dies geschehe auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler.

Auch die enorm gestiegene Staatsverschuldung gehe vor allem zu Lasten der jüngeren Generationen, da diese für die Zins- und Tilgungszahlungen noch lange aufkommen müssten. Mit noch mehr Schulden staatliche Investitionen zu erhöhen, halte er für einen Irrweg. „Wenn wir uns die staatlichen Investitionen in den 1970er Jahren anschauen, hatten wir in Deutschland eine Investitionsquote von 16 bis 17 Prozent. Wir sind heute in der Tat bei nur noch sechs Prozent“, erläutert Raffelhüschen. Das bedeute aber nicht, dass Deutschland ein Investitionsproblem per se habe, das nur mit höheren Staatsausgaben bewältigt werden könne. Vielmehr habe die Politik die konsumtiven Staatsausgaben nach oben geschraubt und die investiven Staatsausgaben vernachlässigt. Es brauche demnach einen strukturellen Umbau der Staatsausgaben, bei dem die bereits reichlich vorhandenen Steuern von Bund, Ländern und Kommunen



investiver und dadurch nachhaltiger eingesetzt würden. Der deutsche Staat sei heute so reich, wie er es noch nie zuvor gewesen sei.

In Deutschland sei auch die Umweltsituation so gut wie niemals zuvor. Das Land habe in den vergangenen 30 Jahren in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik viel geleistet und seine Treibhausgasemissionen stark gesenkt – und das bei steigendem Wirtschaftswachstum. Deutschland sei nur noch für etwa 0,9 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Es werde aber so getan, als ob Deutschland mit noch weniger Emissionen das Weltklima retten könne.

„Wir müssen uns darauf besinnen, dass wir insbesondere mit China und Indien internationale Verhandlungs- und Kooperationslösungen brauchen, um das CO₂-Problem zu lösen“, argumentiert Raffelhüschen. Mit nationalen Alleingängen komme man beim Klimaschutz nicht weiter. Eine möglichst global abgestimmte Klimapolitik sei weitaus effektiver. Dieser Weg sei für die kommenden Generationen am erfolgversprechendsten.





IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Text/Ansprechpartner:
Dr. Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Stefan von Stengel

Diese Publikation ist
auch über das Scannen
des QR-Codes
kostenlos abrufbar:

